

Bilanz der Wohnraumoffensive

im September 2018 wurde im Kanzleramt die Wohnraumoffensive gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufen. Es wurden Maßnahmen vereinbart, zu denen beispielsweise die steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus, das Baukindergeld, die Nachbesserung von Mietspiegel und Mietpreisbremse, die Erhöhung des Wohngelds, sowie die Baulandmobilisierung und die Beschleunigung von Verfahren zählen sollten.

Nunmehr zeigen sich der Bundesbauminister Horst Seehofer sowie die Kanzlerin Angela Merkel durchaus zufrieden mit dem, was erreicht worden ist. Doch hält dieser Eindruck einer tatsächlichen Überprüfung stand?

Als besonders positiv stellt der Bundesbauminister ausdrücklich fest, dass das Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen innerhalb der Legislaturperiode durchaus zu erreichen sei. Eine genaue Betrachtung dieser Zahl lässt jedoch deutliche Zweifel aufkommen. *„Wichtig ist, dass man genau beachtet, wie Herr Seehofer die 1,5 Millionen neuen Wohnungen berechnet. Herr Seehofer bezieht hierbei nicht nur tatsächlich fertiggestellte Bauvorhaben mit ein, sondern auch im Bau befindliche und zunächst nur geplante und genehmigte Wohnungen. Beachtet man dabei, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt über ca. 740.000 zwar genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen sprechen, so erhält man schnell den Eindruck, dass diese Baugenehmigung im hohen Umfang Spekulationszwecken dienen. Beachtet man dann noch, dass die Baulandpreise vielerorts enorm gestiegen sind, so lässt das doch deutliche Zweifel daran aufkommen, dass von einem Erreichen der 1,5 Millionen neuen Wohnungen innerhalb der Legislaturperiode noch gesprochen werden kann“*, meint Claus O. Deese Vorstand des Mieterschutzbund e. V. *„Eine Baugenehmigung bietet noch keine 4 Wände und Dach, in denen Menschen wohnen können. Nur dann, wenn wir tatsächlich 1,5 Millionen fertiggestellte Bauvorhaben und somit Wohnungen haben, die den Menschen als Wohnraum auch dienen können, kann überhaupt davon gesprochen werden, dass dieses Ziel erreicht werden konnte“*, kritisiert Claus O. Deese Vorstand des Mieterschutzbund e. V.

Als besonders lobenswert wurde seitens der Regierung ebenfalls betont, dass der Bund 5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode ausgegeben habe, um den sozialen Wohnungsbau zu finanzieren und voranzutreiben. Hierdurch seien 115.000 Wohnungen geschaffen worden und somit so viel wie noch nie. Leider wird bei dieser Bilanz nicht berücksichtigt, dass jährlich mehrere zehntausende Wohnungen durch Fristablauf aus der Sozialbindung fallen. Dies relativiert deutlich die vermeintlich hohe Zahl von 115.000 neuen Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Allein zwischen 2002 bis 2019 muss damit gerechnet werden, dass ca. 1,2 Millionen Sozialwohnungen verloren gegangen sind. Vor diesem Hintergrund sind 115.000 neue Wohnungen im sozialen Wohnungsbau nicht ausreichend.

Auch Maßnahmen, wie die Nachbesserung von Mietspiegeln oder auch der Mietpreisbremse haben keine ausreichenden Auswirkungen gezeigt. *„Leider müssen wir weiterhin tagtäglich erleben, dass es für Durchschnitts- oder Geringverdiener zunehmend unmöglich wird, in Ballungsgebieten angemessenen Wohnraum zu finden. Die Mieten explodieren weiterhin“*, kritisiert Claus O. Deese Vorstand des Mieterschutzbund e. V.

Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass die Bilanz der Wohnraumoffensive leider nicht so rosig scheint, wie sie zunächst dargestellt wurde. Insbesondere auf dem Bereich des Wohnungsneubaus oder aber auch im Bereich der Sozialwohnungen ist deutlicher Nachbesserungsbedarf gegeben. Die enorme Mietentwicklung vielerorts muss effektiv angegangen werden. Die bislang ergriffenen Maßnahmen sind hier nicht ausreichend. Auch die Begrenzung von immer weiter steigenden Baulandpreisen und ein effektives Vorkaufsrecht für die Kommunen sind wichtige Mittel, um deutlich und langfristig eine ausreichende Sicherung von bezahlbarem Wohnraum zu erreichen.

3.940 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

Der Mieterschutzbund e.V. (www.mieterschutzbund.de) hat über 48.000 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet, deren Interessen kompetent vertreten werden. Der Hauptsitz des Mieterschutzbund e.V. ist in Recklinghausen, weitere Büros gibt es in Bochum, Bottrop, Dorsten, Dortmund, Herne und Wuppertal.